

gische Klarheit über unsere einheitliche sozialistische Staatsmacht und dabei besonders über die Rolle der Volksvertretungen herbeiführen. Nur so stellt sich in der täglichen Arbeit ein richtiges Verhältnis zwischen den Mitarbeitern des Apparates und den Abgeordneten ein.

Ohne Zweifel existiert infolge der politisch-ideologischen Arbeit der Parteiorganisationen bei den staatlichen Organen in der Regel richtiges Verständnis dieser Sache. Das wirkt sich aus, die Meinung der Abgeordneten wird respektiert, Maßnahmen und Entscheidungen werden mit ihnen vorbereitet, es gibt auf der ganzen Linie eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Fachabteilungen der Räte und den Abgeordneten.

Wo es jedoch bei manchem Genossen und Mitarbeiter des Staatsapparates Geringschätzung gegenüber Abgeordneten gibt, sollten sich die Parteiorganisationen mit den ideologischen Ursachen der Haltung dieser Mitarbeiter auseinandersetzen. Das ändert nichts an der hohen politischen Verantwortung, die die Leiter und Mitarbeiter der örtlichen Staatsorgane für die qualifizierte Vorbereitung und Durchführung der Beschlüsse tragen.

Dabei gehen wir immer davon aus, daß das Hauptinstrument bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft die einheitliche Staatsmacht ist, angefangen von der Beschlußfassung in den gewählten Machtorganen bis zur Durchführung der Beschlüsse durch jedes zentrale und örtliche Staatsorgan.

Die staatlichen Organe können ihre Aufgaben nur bei konsequenter Verwirklichung des demokratischen Zentralismus, als Beauftragte der Arbeiterklasse und im engen Zusammenwirken mit der gesamten Bevölkerung erfüllen. Das ist die wichtigste Voraussetzung für die weitere Festigung unserer sozialistischen Staatsmacht und zugleich die Gewähr dafür, alle Entscheidungen, die gesamte Tätigkeit der staatlichen Organe dem Wohle des Volkes unterzuordnen. Die Parteiorganisationen bei den örtlichen Staatsorganen sollten sich bei der Diskussion und der Verwirklichung dieses Grundsatzes in der Arbeit von dem leiten lassen, was Genosse Erich Honecker, Erster Sekretär des ZK unserer Partei, dazu im Bericht des ZK an den Parteitag zum Ausdruck brachte: „Zur überragenden Verantwortung der Arbeiterklasse in unserer Gesellschaft gehört auch die hohe Wertschätzung für die Arbeiter in unserer Gemeinschaft, die überall gebotene Aufmerksamkeit für ihre Gedanken und Vorschläge, ihre Bedürfnisse und Interessen.“

Durch ihre gewählten Volksvertretungen sichert die Arbeiterklasse, daß die gesamte staatliche

Leitungstätigkeit im Interesse des arbeitenden Volkes vor sich geht. Darauf einzuwirken, daß das alle Genossen und Mitarbeiter der örtlichen Staatsorgane verstehen, daß es ihnen zum Bedürfnis wird, sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit den Arbeitern und allen Werktätigen zu beraten, die Aufgaben gemeinsam mit ihnen zu lösen, das muß Anliegen der Parteiorganisationen in allen staatlichen Organen sein.

## Staatsfunktionäre erläutern Parteitagsbeschlüsse

Gute Erfahrungen hat in dieser Hinsicht die Parteiorganisation beim Rat des Bezirkes Dresden gemacht. In der Stadt Dresden gab es bei der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms — einem Schwerpunkt des Volkswirtschaftsplanes — Schwierigkeiten. Die APO des Bezirksbauamtes schlug vor, alle Genossen auf die Großbaustellen zu schicken, damit sie an Ort und Stelle mit den Arbeitern und Leitungskräften sprechen können. Dabei bekamen sie nicht nur genaue Kenntnis von der Lage; einige der Probleme konnten sofort und gemeinsam mit den Genossen und Kollegen der Baustellen geklärt werden. Aus diesem Einsatz ergaben sich Schlußfolgerungen für die staatliche Leitungstätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungsbaus. Wertvoll waren vor allem die unmittelbare Erfahrung und Erkenntnis, daß mit der Kraft und der Initiative der Arbeiter auch noch so komplizierte Aufgaben gelöst werden können. Dieser Einsatz festigte auch das Kollektiv des Bezirksbauamtes.

Alle Parteileitungen sollten dafür sorgen, daß solche Art des Arbeitens zur ständigen Arbeitsmethode aller Mitarbeiter wird. Das persönliche Gespräch mit den Arbeitern, mit den Leitungskräften an Ort und Stelle gehört zum Arbeitsstil eines Staatsfunktionärs ebenso wie sein politisches Auftreten in Versammlungen mit Arbeitern und anderen Werktätigen. Darauf sollten die Parteiorganisationen größeres Augenmerk legen.

Davon ließen sich auch die Genossen beim Rat der Stadt Magdeburg leiten, als sie mit der Auswertung und Durchführung der Beschlüsse des VIII. Parteitages begannen. Nachdem sie sich in Leitungssitzungen, Parteigruppen- und Mitgliederversammlungen mit den Dokumenten und Problemen des Parteitages selbst gründlich vertraut gemacht hatten, sorgten sie dafür, daß alle befähigten Genossen und Kollegen entsprechend ihrem Aufgabenbereich mit der Bevölkerung darüber sprechen. Gleichzeitig berichten die Genossen vor der Parteileitung oder in Versammlungen darüber, wie und mit wel-